

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Eine durchherrschte Gesellschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1994) : Eine durchherrschte Gesellschaft, In: Hartmut Kaelble, Jürgen Kocka, Hartmut Zwahr (Ed.): Sozialgeschichte der DDR, ISBN 3-608-91671-7, Klett-Cotta, Stuttgart, pp. 547-553

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112527>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

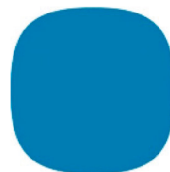
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Jürgen Kocka

Eine durchherrschte Gesellschaft

Nichts spricht für eine scharfe Trennung von Sozialgeschichte und Politikgeschichte. Hierzulande hat auch eine eng definierte Sozialgeschichte, verstanden als „history with politics left out“ (Trevelyan), nie eine große Rolle gespielt. Im Gegenteil, der Aufstieg der Sozialgeschichte in den sechziger und siebziger Jahren verdankte sich nicht zuletzt der sozialgeschichtlichen Analyse von Politik, der „politischen Sozialgeschichte“. Dabei stand die Frage nach den sozialen Bedingungen und Folgen politischer Entscheidungen, Prozesse und Strukturen im Vordergrund.¹ Erst recht wäre schlecht beraten, wer die Sozialgeschichte der DDR ohne ständige Einbeziehung des Politischen betreiben wollte. Dies belegt dieser Band. Seine Beiträge dokumentieren die Untrennbarkeit von staatlich-parteilicher Herrschaft und gesellschaftlicher Entwicklung in der Geschichte der DDR. Dabei steht meist nicht so sehr – wie in der Sozialgeschichte bürgerlicher Gesellschaften üblich – die Frage nach der sozialen Basis politischer Prozesse als vielmehr die Frage nach der politischen Basis sozialer Prozesse im Vordergrund.²

Diese Fragerichtung ergibt sich mit gewisser Notwendigkeit aus den Funktionsbedingungen der DDR als einer Diktatur kommunistischer Prägung.³ Zu ihren Zielsetzungen gehörte es, eine neue, politisch gesteuerte Gesellschaft zu schaffen, in der herkömmliche Differenzierungen abgeschafft, Prinzipien einer neuen Gleichheit verwirklicht, Vorsorge und Sicherheit politisch gewährleistet und neuartige Strukturen – vor allem die sozialistische Eigentumsordnung – etabliert sein würden: eine neue Gesellschaft mit neuen Menschen.⁴ Zum Zweck der politischen Konstituierung, Steuerung und Kontrolle von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur – wie auch zur Erhaltung der eigenen Macht – baute die Partei- und Staatsführung der DDR einen tief in alle Bereiche eingreifenden Herrschaftsapparat auf, der alle Merkmale moderner Diktaturen aufwies: vom systematischen Bruch verfassungs- und rechtsstaatlicher Prinzipien und der dauerhaften Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten über die Ablehnung des politischen und weltanschaulichen Pluralismus, die Ausschaltung intermediärer Gewalten und den Abbau der relativen Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche bis hin zu spezifischen Formen der Massenbeeinflussung und Repression, im Extremfall als Terror.

Einzelne Teile und Aspekte dieses Herrschaftsapparats und der daraus hervorgehenden Herrschspraxis sind in Beiträgen zu diesem Band analysiert worden, unter Betonung sozialgeschichtlicher Fragestellungen. Clemens Vollnhals behandelt den mächtigen und nach Größe wie nach Funktionsvielfalt neuartigen Apparat des Ministeriums für Staatssicherheit. Er zeigt seine Ziele, Organisation und Methoden,

seine Rekrutierungspraxis und allmähliche Professionalisierung, vor allem auch seine vielfältigen Aufgaben, zu denen Repression und „Zersetzung“ ebenso gehörten wie die Informationsbeschaffung in einem System ohne funktionierende Öffentlichkeit und die umfangreiche „präventive Sozialsteuerung“. – Eine neuartige illiberal-fürsorgliche, nachbürgerliche Variante des Sozialstaats führt Günther Hockerts vor. Die Sozialpolitik hat die DDR stabilisiert und – ein Stück weit – legitimiert. Zugleich diente sie mehr als ihre westlichen Entsprechungen der gesellschaftlich-politischen Disziplinierung und Kontrolle. – Das Recht als Instrument zum Abbau der bürgerlichen Rechtsordnung, als „vorrechtsstaatliches“ Recht analysieren es Gerhard Dilcher und Thomas Friedrich. Die Unterordnung des Rechts unter Staat und Partei, die Instrumentalisierung der Justiz, die Einschüchterung der Juristen und die innere Veränderung ihrer Ausbildung, vor allem die Aufhebung der Trennung von Politik, Moral und Recht, der Abbau der inneren rechtlichen Differenzierungen, die Verschleifung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft – all dies arbeitet die rechtsgeschichtliche Analyse heraus und enthüllt damit zentrale Mechanismen der DDR-Diktatur, die sich in ihrem Verhältnis zum Recht gleichwohl deutlich von der NS-Diktatur unterschied.⁵ – Hartmut Zimmermann schließlich untersucht das höhere Personal der Herrschafts- und Dienstleistungsapparate, die Kader und das Kadersystem als Basis einer von oben konstituierten und kontrollierten Gesellschaft, die weitgehend aufhörte, eine bürgerliche zu sein.

Diese Herrschaft hatte ihre tiefreichenden sozialgeschichtlichen Konsequenzen. Von einer „durchherrschten“ Gesellschaft spricht Alf Lüdtke in diesem Zusammenhang.⁶ In der Tat prägte ubiquitäre politische Herrschaft jene Gesellschaft bis in ihre feinsten Verästelungen hinein. Ein zentrales Beispiel: Primär politische Eingriffe waren etwa für Flucht, Vertreibung und Enteignung verantwortlich, die zwischen 1949 und 1961 zur Abwanderung von 2,7 bis 2,8 Millionen Ostdeutschen nach Westen, zu einem Bevölkerungsrückgang von 18,4 auf 17 Millionen, zu massiven Verlusten von Qualifikation und Leistungsfähigkeit, zur Zerstörung des Wirtschaftsbürgertums, zur Entstehung einer weiblichen Mehrheit in der Bevölkerung aufgrund der Männerüberrepräsentation unter den Abwanderern und zur Eröffnung gewaltiger Mobilitätschancen für nachrückende Aufsteiger führten. Es waren gezielte politische Maßnahmen, die die Ausbildung und Rekrutierung nachrückenden Nachwuchses so steuerten, daß Söhne und Töchter des Bürgertums diskriminiert und die Nachkommen von Familien aus der unteren Mittel- und oberen Unterschicht privilegiert wurden. Neu eingerichtete Institutionen wie Arbeiter- und Bauern-Fakultäten und Vorstudienanstalten haben dazu ebenso beigetragen wie die Ergänzung, Überlagerung und bisweilen Ersetzung von fachlichen Qualifikations- und Selektionskriterien durch soziale und politische Kriterien, vor allem proletarische Herkunft und Mitgliedschaft in der SED. Als Konsequenz dieser politischen Setzungen und Maßnahmen haben in der DDR bis Anfang der siebziger Jahre massenhaft Aufstiegsprozesse stattgefunden, ein Austausch der Eliten, wie er jedenfalls in der modernen deutschen Geschichte kein Vorbild findet. Als Folge ergab

sich Deprofessionalisierung in vielen Bereichen, so in der Justiz, in der Hochschullehrerschaft, in der öffentlichen Verwaltung, die sich dadurch vom klassischen Typus der Bürokratie, wie ihn Weber analysiert hat, deutlich entfernte.⁷ Das muß zu Einbußen an Leistungskraft geführt, aber auch – über den Zuwachs an Chancen für die Dableibenden – zur Legitimation der frühen DDR erheblich beigetragen haben, bevor spätestens Anfang der siebziger Jahre neue Schließungsprozesse einsetzten, die die Aufstiegsmobilität weit unter das westdeutsche Maß hinabdrückten und die Gesellschaft der DDR geradezu erstarren ließen, was zu ihrer Delegitimierung bei den Jüngeren beigetragen haben dürfte.⁸

Die Zerstörung herkömmlicher und der Aufbau neuer Strukturen aufgrund politischer Gestaltung durch Partei und Staat, die politische Dekonstruktion und Konstruktion sozialer Wirklichkeit – dies ist ein Leitthema vieler Beiträge zu diesem Band. Ich resümiere weitere Beispiele: Kohli erwähnt, der Staat habe versucht, den Lebenslauf in seine Regie zu nehmen; das Gewicht der Familie für die Platzierung des Nachwuchses nahm vermutlich ab, schon weil ihr das materielle Kapital als Platzierungsressource entzogen wurde.⁹ Arnd Bauerkämper analysiert die politisch verursachte Umwandlung von Landwirtschaft und ländlicher Gesellschaft auf dem Weg von der Bodenreform zur Zwangskollektivierung.¹⁰ Andere arbeiten heraus, daß neben der Berufsgruppenzugehörigkeit und damit der Stellung im System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung es vor allem die Nähe – oder Distanz – zur politischen Macht war, die in der DDR über Lebenschancen entschied, in Form von Privilegien oder Entbehrung.¹¹ Die staatliche Politik trieb die Modernisierung der DDR in vielen Bereichen voran, so in der Wissenschaft, bei wirtschaftlichen Innovationen, im Städtebau, im Ausbau des Erziehungswesens, bei der Gleichstellung der Frau. Gleichzeitig bremste sie ab, verhinderte Modernisierung als subjektive Selbsttätigkeit und behinderte Selbständigkeit aller Art, die dem Machtmonopol der Staats- und Parteiführung hätte gefährlich werden können.¹² Diskriminierung und Repression durch Partei und Staat erkennt Detlef Pollack als wichtigsten Faktor hinter dem rasanten Rückgang der Kirchenmitgliedschaft in der DDR.¹³ Die DDR habe den alten Patriarchalismus im Geschlechterverhältnis ein erhebliches Stück weit abgebaut, aber durch eine Art Staatspatriarchalismus ersetzt, meint Ute Gerhard.¹⁴ Doch die Sozialpolitik der DDR hat zur Veränderung der Geschlechterverhältnisse kräftig beigetragen und den Frauen neue Möglichkeiten geschaffen. Sie hat das Verhältnis der Generationen zueinander verschoben, zugunsten der Jüngeren. Sie dürfte die ostdeutschen Mentalitäten langfristig geprägt haben, im Sinne hoher Erwartungen an Staat und Regierung, mit dem Ergebnis betonter Hochschätzung von Sicherheit und geringerer Betonung von Selbständigkeit.¹⁵

Die rechtlich unbegrenzte Herrschaftsmacht von Staat und Partei trug dazu bei, daß die Scheidelinie zwischen öffentlich und privat in der DDR anders gezogen war als im Westen und ständig von Überschreitung bedroht wurde. Letztlich hingen auch der Mangel an funktionaler Ausdifferenzierung der DDR-Gesellschaft in relativ selbstgesteuerte Teilsysteme mit je spezifischen Rationalitätskriterien und damit

die ausgeprägte Tendenz zur institutionellen Fusionierung und zur Multifunktionalität der Institutionen mit der Dominanz der Politik und den schwach ausgeprägten Begrenzungen staatlich-parteilicher Herrschaftsmacht zusammen, die der Tendenz nach alles zu steuern und zu durchdringen unternahm und sich damit am Ende übernahm. Mit dieser Tendenz zur funktionalen Entdifferenzierung und institutionellen Fusionierung unterschied sich die DDR übrigens nicht nur von den bürgerlichen Gesellschaften des Westens, sondern auch von der Gesellschaft der nationalsozialistischen Diktatur. Funktionale Entdifferenzierung und institutionelle Fusionierung werden als zentrale Merkmale der DDR in diesem Band häufig erwähnt und ausführlich am Beispiel der Unternehmen, der Produktionsbrigaden und der Arbeitswelt analysiert.¹⁶

Alles in allem erweist sich die Gesellschaft der DDR in hohem Maß als künstliches Produkt politischer Herrschaft, von dieser ermöglicht, durchformt und abhängig. Dennoch hat Ina Merkel recht, wenn sie sich vehement gegen die „Repressionsthese“ wendet und – in meinen Worten – darauf insistiert, daß die Gesellschaft, das Leben, der Alltag der DDR in ihrer diktatorischen Gängelung nicht aufgingen. Falsch wäre es nämlich anzunehmen, daß die Herrschaft von Partei und Staat die Gesellschaft total prägte und determinierte. Vieles in ihr war älter als dieser Staat. Staatlich-parteiliche Steuerung und Durchdringung stießen ständig auf Grenzen. Bisweilen lösten sie sogar Gegenteilstendenzen aus.¹⁷ Auch dafür bieten die Ergebnisse dieses Bandes zahlreiche Belege.

So manche ältere Tradition lebte weiter, indem sie sich gegenüber herrschaftlichen Rekonstruktionsversuchen als immun erwies und zum Teil mit neuen Aufgaben ausgestattet wurde. Christoph Kleßmann zeigt dies an den geschwächten, aber fortlebenden Restbeständen des Bildungsbürgertums, das – anders als das Wirtschaftsbürgertum – der völligen Vernichtung entging. Friedrich Wilhelm Graf argumentiert, daß in der protestantischen Theologie der DDR alte, sehr deutsche Traditionen weiterlebten, in Unterschied und Entgegensetzung zur Bundesrepublik. Peter Hübner und Alf Lüdtke heben auf das Fortleben älterer Traditionen des Arbeiterstolzes auf gute – „deutsche“ – Wertarbeit ab, auf Traditionen, die nach 1945 in SBZ und DDR revitalisiert worden seien. Und so sehr auch die parteilich-staatliche Durchdringung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur eine neuartige Qualität besaß, so sehr baute sie – dieselben verstärkend – auf älteren obrigkeits-staatlichen Traditionen auf, die die deutsche Entwicklung seit langem geprägt und von anderen Ländern Europas unterschieden hatten. Zumindest in diesen Hinsichten hielt sich in der DDR mehr von der alten deutschen Gesellschaft als in der Bundesrepublik, die sich schneller verwestlichte.¹⁸ In der DDR dauerte insofern der „Sonderweg“ länger.¹⁹

Wenngleich nicht aus Gründen rechtsstaatlicher Absicherung, so doch als Folge des Zwangs der Verhältnisse blieb die politisch-herrschaftliche Durchdringung der DDR-Gesellschaft begrenzt. Wie wenig es dem SED-Staat in Wirklichkeit gelang, die Organisation der Lebensläufe in eigene Regie zu nehmen und die nachwachsende

Jugend zu formen oder auch nur zu gewinnen, zeigt Dorothee Wierling genau. Die Spannung zwischen staatlich-parteilichen und innerfamiliären Erziehungseinflüssen blieb ausgeprägt. Die Familie hatte in der DDR viel von den Funktionen verloren, die sie in der bürgerlichen Gesellschaft und vor allem im Bürgertum so wichtig machen: Nach den Enteignungen war sie kaum mehr der Ort für die Weitergabe materiellen Kapitals an die nächste Generation. Angesichts der frühen und umfassenden Einbeziehung der Kinder in öffentliche Erziehungseinrichtungen und -gruppen nahm auch ihre Bedeutung als Ort der Weitergabe kulturellen Kapitals ab. Ihr Zusammenhalt muß sich gelockert haben. Aber andererseits gewann sie an Bedeutung für das Leben des einzelnen hinzu: als Ort der Versorgung angesichts der Unterentwicklung der Märkte und versagender staatlicher Planung, als wichtiges Glied in den sich herausbildenden informellen Beziehungsgeflechten und als Ort des Rückzugs vor politisch-gesellschaftlicher Zumutung. Die Generationendynamik entzog sich der Steuerung durch Partei und Staat; ihr Beitrag zum Zusammenbruch der DDR war beträchtlich.²⁰

Wer den Arbeitsprozeß in der DDR mit der Vorstellung effektiver totalitärer Kontrolle („Kommandowirtschaft“) verbindet, würde erwarten, auch im Betrieb einen Ort vollständiger Entsubjektivierung anzutreffen. Die Realität sah anders aus. In der Forschungsliteratur besteht Übereinstimmung, daß der Spielraum und das Widerstandspotential der Beschäftigten im Betrieb hoch war – typischerweise höher als in der Bundesrepublik.²¹ Man erinnert sich an Heiner Müllers ironische Pointe: „Der bisherige Burgfrieden in der DDR beruhte doch darauf, daß zwei Stunden gearbeitet, aber acht bezahlt wurden.“

Überall entdeckt man bei genauerem Hinsehen informelle Strukturen, inoffizielle Beziehungsgeflechte und Problemlösungsmuster, die formell nicht vorgesehen waren, aber auf Funktionsdefizite der offiziellen Struktur reagierten oder auch zu Basen des Rückzugs, der Sperrigkeit, des stillen Widerspruchs werden konnten. Blickt man z. B. genauer auf die Hochschullehrerrekutierung, dann findet man unterhalb der professionellen und der politischen Regelungsmechanismen, daß Hausberufungen die Regel wurden, „Stallgeruch“ wichtig war, lokalistische Strukturen entstanden und einzelne Professoren viel persönliche Macht kumulierten – ganz im Gegensatz zu den Absichten der SED, die auf die „Inzucht“ im Hochschulbereich schimpfte und darin wohl zu Recht eher Grenzen ihrer Durchsetzungsmacht sah. In ganz anderem Zusammenhang spricht Ina Merkel von „Widerstandsstrategien im Alltag“, die ohne jede Öffentlichkeit subtil funktionierten und sich in vielfältigen Formen der Anpassung verkleiden konnten, um nicht entlarvt zu werden.²²

Auch wer den Widerstandsbegriff gern enger begrenzt, wird hier ein großes Thema sehen, das nicht auf die Wochenend-Freuden des Datscha-Lebens und die vielzitierten „Nischen“ beschränkt war und in diesem Band bei weitem nicht ausgeschöpft wird. Es kommt darauf an, das sich wandelnde Wechselwirkungsverhältnis zwischen der diktatorischen Herrschaft und den vielfältigen Weisen zu erforschen, in denen die Menschen mit ihr umgingen – von unkritischer Identifikation und

überzeugter Kooperation über opportunistische Anpassung, Apathie und Rückzug ins Private bis hin zu Resistenz und Opposition.

Das Leben in der DDR war durch diktatorische Herrschaft geprägt, ging aber in dieser Prägung nicht auf. Es gab faktische Grenzen der Durchherrschaft im Alltag, sie gilt es näher zu bestimmen. Die Arrangements waren vielfältig, teils traditional und teils neu.²³ Zwar standen sie immer unter der Drohung des Ernstfalls. Kam es zum offenen Konflikt zwischen Lebenswelt und System, setzte sich bis zum Herbst 1989 die diktatorische Herrschaft durch: in Form von gewaltsamer Repression wie am 17. Juni 1953, in Form individuellen Terrors, harter Disziplinierung, Ausbürgerung und Benachteiligung anderer Art. Aber ohne jene Arrangements, deren sich wandelnde Geschichte noch zu schreiben ist, wird man weder das Leben in der DDR gerecht rekonstruieren noch deren relative Stabilität angemessen verstehen können. Aus ihnen gingen überdies ungesteuerte Dynamiken hervor, die schließlich am Zusammenbruch des Systems nicht unbeteiligt waren.

Anmerkungen

- 1 Vgl. D. Langewiesche, Sozialgeschichte und Politische Geschichte, in: W. Schieder/V. Selin (Hrsg.), Sozialgeschichte in Deutschland, Bd. 1, Göttingen 1986, S. 9–32; G. A. Ritter, Die neuere Sozialgeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: J. Kocka (Hrsg.), Sozialgeschichte im internationalen Überblick. Ergebnisse und Tendenzen der Forschung, Darmstadt 1989, S. 19–88; J. Kocka, Sozialgeschichte der 90er Jahre, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 40 (1993), S. 1125–1129.
- 2 So die zutreffende Formulierung von Hockerts, oben S. 519. Grundsätzlich wird der Zusammenhang von politischer Herrschaft und Gesellschaft oben von M. Rainer Lepsius analysiert, S. 17 ff.
- 3 Zum Begriff der modernen Diktatur J. Kocka, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien, Berlin 1993, S. 9–26, 23 f.
- 4 Vgl. oben Mühlberg, S. 69.
- 5 Dilcher, S. 475.
- 6 Lüdtke, S. 188.
- 7 Vgl. oben die Beiträge von Jessen (S. 228 ff.), Zimmermann (S. 334 ff.), Dilcher (S. 475) und Kohli (S. 37).
- 8 Den Prozeß bis in die siebziger Jahre analysiert für die Hochschullehrer Jessen, S. 221 ff. Generell Kohli, S. 53 ff., jetzt auf der Grundlage neuer Zahlen von Karl Ulrich Mayer.
- 9 Kohli, S. 51 f.
- 10 Vgl. oben S. 119 ff.
- 11 Vgl. Mühlberg, S. 72.
- 12 So oben Hübner, S. 176. Ein anderes Beispiel: J. Roesler, Einholen wollen und aufholen müssen. Zum Innovationsverlauf bei numerischen Steuerungen im Werkzeugmaschinenbau der DDR vor dem Hintergrund der bundesrepublikanischen Entwicklung, in: Kocka (Hrsg.), Historische DDR-Forschung, S. 263–286.

- 13 Oben S. 271 f. mit den Zahlen.
- 14 S. 396 ff.
- 15 Zur Bedeutung der Sozialpolitik Hockerts, oben S. 519 ff. – Zu Mentalitätsprägungen, wie sie von Befragungen nach 1990 zutage gefördert wurden: J. Kocka, *Crisis of Unification: How Germany Changes*, in: *Germany in Transition* (= *Daedalus. Journal of the American Academy of Arts and Sciences*, Bf. 123, Nr. 1, Winter 1994), S. 173–192, 186 f. u. Anm. 26.
- 16 Vgl. vor allem Roeslers Beitrag zu diesem Band, oben S. 144 ff.; Generell Lepsius, S. 17 ff. und Kohli, S. 42 ff. Funktionale Entdifferenzierung war mit Differenzierung der Individuen nach Lebenschancen durchaus vereinbar – siehe oben Merkel, S. 379 –, wenngleich auch diese in der DDR weniger – und anders – ausgeprägt war als in der Bundesrepublik. Dazu R. Geißler, *Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur gesellschaftlichen Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland*, Opladen 1992, S. 47 ff.
- 17 Merkel, oben S. 378. Zum folgenden vor allem R. Jessen, *Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, demn. in: *Geschichte und Gesellschaft*.
- 18 Anders Kaelble, unten S. 562.
- 19 Vgl. J. Kocka, *Ende des deutschen Sonderwegs?*, in: W. Ruppert (Hrsg.), *„Deutschland, bleiche Mutter“ oder eine neue Lust an der nationalen Identität?*, Berlin 1992, S. 9–31.
- 20 Vgl. oben Wierling, bes. S. 419 ff.; Zwahr, S. 447 ff. zur Generationenfolge in der DDR.
- 21 Vgl. auch Roeslers Analyse der Brigaden, die einerseits Kontrolle über die einzelnen Arbeiter ausübten, aber andererseits auch Grenzen der Durchstaatlichung markierten (S. 154 ff.).
- 22 Merkel, S. 379. Zum Beispiel der Hochschullehrer Jessen, S. 232 ff.
- 23 Vgl. in diesem Zusammenhang das Konzept des „kommunistischen Neo-Traditionalismus“, das Kohli oben S. 37 f. nach K. Jowitt/A. Walder, F. Ettrich und K. U. Mayer referiert. – Eine andere Erklärung der Grenzen politischer Durchherrschung der DDR-Gesellschaft kann auf die Imperative moderner Gesellschaft abheben, die eine allzu enge Instrumentalisierung durch Partei und Staat unmöglich machen, sofern diese – auch im internationalen Wettbewerb – die Leistungsfähigkeit ihrer Gesellschaft nicht zu sehr beeinträchtigen wollten (was sie gleichwohl permanent taten). – Doch bleibt es eine Aufgabe, grundsätzlicher noch über das Verhältnis systemischer Steuerung und sich wandelnder Lebenswelt unter den Bedingungen moderner Diktatur und speziell dieser Diktatur nachzudenken. Der Begriff des „Totalitären“ hilft dabei wenig.